

KOLUMNE „Ohne politische Macht kein Medieninteresse“



Von
Hannes Burger

Wenn man sich über ein Jahrzehnt in vielen Medien für die Bezirke und ihre Ziele eingesetzt hat, stellt man sich die Frage: Was hat's gholfa? Warum wird der Bezirkstag trotz so wichtiger Aufgaben für die Gesellschaft in überregionalen Medien nicht beachtet? Warum habe ich da keine Konkurrenz, die alles schneller bringt, schöner schreibt oder besser weiß wie im Journalismus sonst so üblich?

Über ihre regionalen Medien können sich die sieben Bezirke nicht beklagen. Ihre Arbeit ist meist für die Menschen im Bezirk von Interesse, weil sich soziale Aufgaben, kulturelle Leistungen, Beratung wie finanzielle Förderung vor der Haustüre abspielen. Darum berichten Regionalmedien über Bauten, Einweihungen, Jubiläen, Ehrungen, Feste und Grußworte der Präsidenten mit Lobliedern auf Region oder Stamm.

Nur selten aber werden Probleme und Sachthemen der Bezirke in regionalen Medien erörtert und nur in Ausnahmefällen finden diese Events Erwähnung in überregionalen Zeitungen, Radio- und TV-Sendern. Nach welchen Gesetzen soziale Leistungen erfolgen und woher das Geld kommt, interessiert die meisten Journalisten wenig. Dieses Problem hat aber der Bezirkstag ständig. Weder Gesetze noch Steuern kann er beschließen, eigene Einrichtungen hat er als Verband auch nicht und es gibt auch nur wenige interne Veranstaltungen. Keine politische Macht – kein Medieninteresse!

Der Verband vertritt die sieben Bezirke gegenüber Bundes- und Landtag, Regierung und Verbänden, muss für alle um Geld rufen, nimmt frühzeitig Einfluss auf Gesetze und versucht, unnötige Reglementierungen abzuwehren. Diese Arbeit interessiert aber weder Menschen noch Medien. In den Redaktionen wird das Fachchinesisch und Beamten-Kauderwelsch der Fach-Referenten so wenig verstanden wie im Volk. Presseerklärungen oder Resolu-

tionen landen daher meist ungelesen im Papierkorb.

Dafür wird in Radio- und Fernsehen gern Integration von Ausländern mit Inklusion von Behinderten verwechselt, Eingliederungshilfe für Behinderte mit Erstaufnahme von Flüchtlingen und Anerkennung von Asylbewerbern. Dass mit Inklusion nicht nur behinderte Kinder, sondern auch ausgegrenzte ältere und behinderte Arbeitnehmer gemeint sind, ist somit schwer vermittelbar. Auch Barrierefreiheit gilt nicht allein für Rollstuhlfahrer, sondern meint viele Barrieren im Hirn gegen die Teilhabe von behinderten Menschen am Arbeitsmarkt und am Leben in der Gesellschaft. Die Bezirke fordern seit Jahren statt der Eingliederungshilfe ein „Bundesleistungsgesetz“, um Menschen mit Behinderung endlich aus der Sozialhilfe herauszuholen.

Aber wer in den Medien kennt sich da aus? Wie sollen sie ohne sozialpolitische Experten in den Redaktionen den Bezirkstag da unterstützen, wenn sie nicht berichten? Wenn Journalisten keine Fragen dazu stellen können, wie

Burgers Bayern

soll so ein Thema dann der Politik auf den Nägeln brennen? Da wird lieber den Kommunen Geld geschoben und den Bezirken gesagt: Holt es euch doch per Umlage!

Ebenso oft durcheinander gebracht werden in Medien die komplizierten Begriffe von Justiz und Bezirken: normale und forensische Psychiatrie, Strafvollzug, Maßregelvollzug (auch ambulante), Freigang und Sicherungsverwahrung. Was ist hier was? Bevölkerung und Medien regen sich auf, wenn ein Straftäter aus der Forensik zu früh entlassen wird oder entweicht. Sie entpöhlen sich ebenso, wenn er eventuell zu Unrecht lang „in der Psychiatrie weggeschlossen“ wird. Wie das alles aber geregelt wird, interessiert im Vorfeld kaum jemanden. Jeder weiß nur wie ich: Da kommt leicht rein, aber nicht leicht raus! Ein weites Feld also für mühsame Medienarbeit.

Der Bezirkstag kritisiert das Kultusministerium bei der Bereitstellung von Schulbegleitern

„Kindeswohl wird zu wenig erkannt“

Der von der bezirklichen Sozialhilfe finanzierte Schulbegleiter ist zum Garanten des staatlichen Bildungsauftrags an den Förderschulen im Freistaat geworden. Dies ist eine Bankrott-Erklärung des bayerischen Kultusministeriums, betonte Bezirkstagspräsident Josef Mederer anlässlich einer Pressekonferenz in Freising zur „Zukunft der Schulbegleitung“. Diese wurde in Zusammenarbeit mit der Freien Wohlfahrtspflege Bayern, dem Landesverband Bayern der Lebenshilfe und dem Landeselternbeirat durchgeführt. Wie Mederer herausstellte, haben die Bezirke im vergangenen Jahr 30 Millionen Euro für Schulbegleiter an Förderschulen bereitgestellt. Schulbegleiter, so Mederer, seien keine Zweit- oder Nachhilfelehrer. Sie dürften an Förderschulen nur in bestimmten Ausnahmesituationen erforderlich sein, nicht aber als Regelfall. „Schulen müssen fachlich qualifiziertes Personal bereitstellen. Denn nur so kann der verfassungsrechtlich gesetzte Bildungsauftrag des Freistaats erfüllt werden“, machte Mederer deutlich.

Leider aber seien Forderungen wie diese weitgehend erfolglos geblieben, da Schulbegleiter für viele Schulen grundsätzlich unverzichtbar geworden seien. Ohne sie sei ein geregelter Unterricht nicht mehr zu leisten. „Das ist eine paradoxe Situation, die so nicht bleiben kann“, stellte der Bezirkstagspräsident fest. Dabei versicherte er, dass die Bezirke sich nicht aus ihrer Verantwortung stellen wollten. Förderschulen blieben auch



Landtagspräsidentin Barbara Stamm (von links), Bezirkstagspräsident Josef Mederer, Bernhard Piendl, Chef der Freien Wohlfahrtspflege Bayern, und Claudia Grubmüller, Vorsitzende des Landeselternbeirats.

FOTO KRAUS

künftig unerlässlich, denn es werde immer Schüler geben, die nur in dieser Schulform optimale Bedingungen für schulisches Lernen finden können.

Dem stimmte auch die Landesvorsitzende der Lebenshilfe Bayern, Landtagspräsidentin Barbara Stamm (CSU), zu. Man brauche an Förderschulen eine auskömmliche Finanzierung. Entsprechend qualifizierte sonderpädagogische Fachkräfte müssten ausreichend vorhanden sein. „Denn es geht hier um das Wohl der Kinder und ihr Recht auf Bildung und Förde-

rung für ein gelingendes Leben im Erwachsenenalter“, macht sie klar. Grundsätzliche Zustimmung erfuhren in Freising diese Forderungen auch von der Freien Wohlfahrtspflege Bayern. Deren Vorsitzender, Prälat Bernhard Piendl, verwies auf die steigende Anzahl von Schulbegleitungen an Förderschulen. Umso mehr bedürfe es eines entsprechend qualifizierten Fachpersonals. „Denn alle, die Kinder begleiten, müssen ein Minimum an pädagogischer und pflegerischer Ausbildung mitbringen. Daher bedauern wir,

dass sich die Situation für Eltern und Schüler hier bislang nicht entscheidend verbessert hat und die Diskussionen stagnieren“, so Piendl.

Das sah auch Claudia Grubmüller, Vorsitzende des Landeselternbeirates, so. Eine bessere Versorgung der Schulen mit Sonderpädagogen sei zwingend. Die bayerischen Förderschulen stünden im bundesweiten Vergleich bei der Ausstattung an vorletzter Stelle. „Das allein sollte allen Verantwortlichen zu denken geben“, so Grubmüller. > ULRICH LECHLEITNER

Vereinbarung zwischen dem Bezirk Oberfranken und dem Krankenhauskonzern Helios am Standort Kronach

Weg für Tagesklinik ist frei

Mit der notariellen Unterzeichnung des Kaufvertrages zwischen der Helios Frankwaldklinik Kronach und dem Kommunalunternehmen Kliniken und Heime des Bezirks Oberfranken wurden jetzt die Weichen für die Weiterentwicklung des Gesundheitsstandortes Kronach gestellt. Das Kommunalunternehmen erwirbt von der Klinik ein benachbartes Grundstück, auf dem eine Tagesklinik für Erwachsenenpsychiatrie ent-

stehen soll. Beide Seiten betonten, an einer weitergehenden Kooperation am Standort Kronach interessiert zu sein. Über den Kaufpreis wurde allerdings Stillschweigen vereinbart.

Das frühere Personalwohnheim der Klinik, das derzeit noch auf dem Gelände steht, soll zu diesem Zweck abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden. So sehen es die derzeitigen Planungen des Kommunalunternehmens

Kliniken und Heime des Bezirks Oberfranken vor.

Anfang 2016 soll mit den Bauarbeiten im direkten Umfeld der Helios Frankwaldklinik begonnen werden, Anfang 2017 soll die Tagesklinik für Erwachsenenpsychiatrie samt angeschlossener Institutsambulanz in Betrieb genommen werden. Voraussetzung ist jedoch, dass die zur Umsetzung des Projekts erforderlichen Mittel aus der Krankenhausförde-

rung zeitgerecht bereitgestellt werden. Mit der neuen Tagesklinik erhalten die Menschen mit psychischen Erkrankungen in der Region der Landkreise Coburg, Kronach und Lichtenfels eine verbesserte ambulante medizinische Versorgung direkt vor Ort. Der Bedarf von zehn Plätzen wurde vom bayerischen Gesundheitsministerium bereits im Jahr 2012 anerkannt.

> CHRISTIAN PORSCHE

Neuer Auftritt des Bezirks Schwaben im Internet

Seit 1. März ist der Bezirk Schwaben mit einem neuen Internetauftritt online gegangen. Unter www.bezirk-schwaben.de finden Interessierte Informationen über den Bezirk in neuer, moderner Gestalt. Hintergrund des Relaunches war es jedoch in erster Linie, Barrieren bei der Nutzung abzubauen: Durch ihre klare Gliederung und durch technische Neuerungen ist die Homepage nun noch besser als bisher auf die Leseanforderungen der Nutzer ausgerichtet, insbesondere die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung wurden berücksichtigt. „Inklusion fängt bei der Kommunikation an“, betont Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert. „Schwaben bemüht sich, beispielsweise durch seine Publikationen in Leichter Sprache, aber nun vor allem auch durch den neuen Internetauftritt, Informationen leicht zugänglich zu machen.“ Über die neue, modulare Startseite bekommen die Nutzer eine Übersicht über aktuelle Meldungen und Veranstaltungen des Bezirks und seiner Einrichtungen; über Direktlinks werden zentrale Angebote des Bezirks wie die Hilfen für Menschen mit Behinderungen mit einem Klick erreicht. Auch die klare Gliederung der Menüstruktur und die verbesserte Suchfunktion sorgen dafür, dass die Nutzer schnell an die gewünschten Informationen gelangen. > DANIEL BEITER

In Kempten wurde das neue Bezirkskrankenhaus eingeweiht

„Vorreiterrolle für Schwaben“

Nach zweieinhalbjähriger Bauzeit haben die Bezirkskliniken Schwaben als Träger ihr neues Bezirkskrankenhaus (BKH) in Kempten eingeweiht. Es hat 34 Millionen Euro gekostet, wovon 28,7 Millionen der Freistaat trägt. Die Fachklinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik befindet sich unter einem Dach mit dem Klinikum Kempten. Das bisherige BKH in der Innenstadt mit 87 Planbetten bot schon seit langem zu wenig Platz.

9500 Quadratmeter Fläche

Das Gebäude war bis vor 29 Jahren ein Kinderheim. Die neue psychiatrische Einrichtung hat 120 Betten. Diese verteilen sich auf sechs Stationen, die im Grundsatz alle offen sind: zwei allgemein-psychiatrische Abteilungen, zwei alterspsychiatrische Stationen, eine suchtmedizinische sowie eine psychotherapeutische Abteilung.

Der Neubau ist mit 9500 Quadratmetern fast doppelt so groß wie das alte BKH. Umzug ist Mitte April. Dann werden Mitarbeiter, Patienten und deren Angehörige schöne, helle Zimmer mit viel Licht, Farbe und Bergblick vorfinden. Jedes der Zwei-Bett-Zimmer verfügt über eine zeitgemäße Sanitärausstattung. Teil der psychiatri-



Die Krankenhausleitung mit dem symbolischen Schlüssel für den Neubau (von links): Ärztlicher Direktor Peter Brieger, Pflegedirektorin Beatrice Pfirsche und Regionalleiter Wilhelm Egger.

FOTO SCHALK

schen Fachklinik sind zwei Tageskliniken (alterspsychiatrisch-psychotherapeutisch und psychiatrisch-psychotherapeutisch) mit insgesamt 35 Plätzen. Tagsüber sind die Patienten in der Klinik, abends, am Wochenende und an Feiertagen leben sie zuhause. Die Psychiatrische Institutsambulanz (PIA), in der Hilfesuchende ambulant behandelt werden, rundet das Angebot ab. Im Neubau sind auch ein Therapiezentrum und eine Privatstation entstanden.

Die Zahl der Beschäftigten wird von 225 auf 250 steigen. Das BKH

Kempten versorgt die Landkreise Lindau und Oberallgäu sowie die Stadt Kempten – insgesamt 272.000 Menschen. „Schwaben hat in der psychiatrischen Versorgung eine Vorreiterrolle in Bayern. Das zeigt sich mit diesem Neubau ein weiteres Mal“, sagte die bayerische Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU) bei der Einweihungsfeier.

Thomas Düll, Vorstandsvorsitzender der Bezirkskliniken Schwaben, betonte, dass mit Kempten nun alle schwäbischen Bezirkskrankenhäuser in eine All-

gemeinklinik mit gemeinsamem Eingang integriert sind oder sich auf einem unmittelbar benachbarten Grundstück zu einer Allgemeinklinik befinden. Damit nehmen die Bezirkskliniken Schwaben als Gesundheitsunternehmen des Bezirks Schwaben ein bundesweites Alleinstellungsmerkmal ein.

Vorurteile abbauen

Der Ärztliche Direktor Professor Peter Brieger freut sich auf die enge Anbindung ans Allgemeinkrankenhaus. „Die medizinische Versorgung für unsere Patienten wird sicherlich besser. Gleichzeitig können wir uns ins Klinikum noch weiter einbringen. Ich denke, das ist ein Gewinn auf beiden Seiten“, so Brieger. Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Störungen klagen oft darüber, als „nicht-normale Kranke“ angesehen zu werden. Da es künftig nur einen Eingang gibt, durch den alle Patienten und Mitarbeiter des Klinikums und des BKH kommen, werde die Schwelle niedriger. Nach Meinung des Chefarztes ist dies ein wichtiger Beitrag zur Entstigmatisierung, also zum Abbau von Angst und Vorurteilen gegenüber psychisch Kranken.

> GEORG SCHALK

Neue Ausstellung in der Chamer Holzakademie

Eine das Jahresmotto begleitende Ausstellung der Fachakademie für Raum- und Objektdesign in der oberpfälzischen Kreisstadt Cham schlägt die Brücke von traditionellen Möbeln, die in den Museumshäusern zu sehen sind, zum modernen Design. Die Holzakademie in Cham hat seit ein paar Jahren ein neues Profil entwickelt, ebenso einen neuen Lehrplan und einen neuen Namen: „Fachakademie für Raum- und Objektdesign“. Der Auftritt der Bezirkseinrichtung nach außen ist zeitgemäß. Dabei ist und bleibt der Schwerpunkt die Gestaltung. Räume werden nicht nur durch die optische Gestaltung geprägt: Sie klingen, sie riechen, sie wirken auf unsere Stimmung und unsere Gefühle, sie lassen uns zuhause sein. Alle Ergebnisse einer gelungenen „nachhaltigen Gestaltung“ müssen sich dem Menschen, seinen Bedürfnissen und der Umwelt anpassen und nicht umgekehrt. Die Ausstellung ist während der Museumssaison im Ausstellungsgebäude zu besichtigen.

> BLANKA MATTER

VERANTWORTLICH
für beide Seiten:
Bayerischer Bezirkstag,
Redaktion: Ulrich Lechleitner